

Martin-Michael Passauer
Generalsuperintendent

Berlin, den 26.09.2007

Veranstaltungsreihe: Auf dem Weg zur friedlichen Revolution
Berlin 1987 Thema: Kirche mittendrin?

Das Jahr 1987 – ein Jahr der großen Unsicherheiten und des Aufbruchs

Erinnern wir uns an die Zeit vor zwanzig Jahren:
Zunächst nur einige wenige Daten, hinter denen sich jeweils geballte politische und kirchenpolitische Ereignisse verbergen.

1987 vor allem das Jahr des 750-Jahr-Jubiläums Berlins.

Am 6. Januar teilte ein Sprecher des DDR-Außenministeriums mit, dass **1986** 573.000 DDR-Bürger wegen dringender Familienangelegenheiten die Bundesrepublik besuchen konnten. Es begann die Zeit der intensiveren Westbesuche und Ausreisen.

Im Mai war der Generalsekretär der KPdSU Michail Gorbatschow zu einem Staatsbesuch nach Ost-Berlin gekommen.

Im Juni konnte in der Hauptstadt der DDR ein Evangelischer Kirchentag unter dem Thema „...und ich will bei euch wohnen“ mit 5.000 Dauerteilnehmern und 20.000 Besuchern der Abschlussveranstaltung stattfinden.

Anfang September fand der „Olof-Palme-Friedensmarsch für einen atomwaffenfreien Korridor“ unter Beteiligung des BEK und der Aktion Sühnezeichen statt. Ein Friedensmarsch auf den Strassen der DDR unter Beteiligung der Kirchen hat es bis dahin nicht gegeben.

Im gleichen Monat konnte der Staatsratsvorsitzende und SED-Generalsekretär Erich Honecker endlich zu einem Arbeitsbesuch mit der protokollarischen Ausstattung einer Staatsvisite in die Bundesrepublik reisen.

Im November fand eine nächtliche Hausdurchsuchung in der Umwelt-Bibliothek der Zionsgemeinde im Prenzlauer Berg statt, bei der 7 Mitarbeiter und Freunde der Umweltbibliothek festgenommen wurden. Protestversammlungen und Mahnwachen waren die Folge. Die Zionskirche wurde dadurch zu einem Symbol von Widerstand und öffentlichem Protest. Der damalige Staatssekretär für Kirchenfragen, der Verbindungsmann zwischen Kirche und Politbüro, Klaus Gysi, äußerte noch am gleichen Tage, er habe von dieser Aktion gegen die Umweltbibliothek nichts gewusst um dann fort zu fahren: „So etwas machen wir nur, wenn es absolut notwendig ist“. Dass es mit den Sicherheitsorganen neben der Parteienstaat noch einen Staat im Staate gab hat der hochrangige Parteifunktionär wohl, wie viele andere auch, in diesem Ausmaß nicht geahnt.

Natürlich geschah in diesem Jahr noch sehr viel mehr. Und in vorangegangenen Veranstaltungen ist dazu auch schon viel gesagt worden. Heute geht es besonders um die Rolle der Kirche, die immer mittendrin war. Sie war für viele Menschen die einzige nicht vom Staat gelenkte und beeinflusste Organisation, sodass man ihr ein hohes Maß an Aufmerksamkeit schenkte und Kontakte suchte. Sie regelt, wie es in damali-

gen Sprachgebrauch hieß, ihre Angelegenheiten selber. Sie verfügte über eine eigene innerkirchliche Gesetzgebung, z.B. ein eigenes Arbeitsrecht, eigene Ausbildungsstätten, große Diakonische Einrichtungen, auch einige wenige Schulen und über viele viele Gebäude, über deren Nutzung und inhaltlichen Angebote sie selber zu entscheiden hatte. Das führte von Anfang an zu Begehrlichkeiten. Zu Begehrlichkeiten von Menschen, die diesen Freiraum noch viel intensiver nutzen und ausnutzen wollten. Immer mehr Anfragen kamen zur Nutzung von kirchlichen Räumen für Veranstaltungen, die die jeweilige Ortsgemeinde nicht selber angeregt hatte. Es gab daneben aber auch eine geistliche Haltung, die vor allem nach dem unverwechselbaren kirchlichen Auftrag rief und sich gegen alles stemmte, was innerhalb der kircheneigenen Räume diesem Auftrag widersprach.

Scheinbar einprägsam fand diese Haltung in dem Slogan seinen Widerhall: „Die Kirche ist für alle – aber nicht für alles da.“ Wegen ihrer so besonderen Situation wurde die Kirche natürlich heftig von politischen und staatlichen Organisationen beobachtet, bespitzelt, infiltriert und z.T. auch beeinflusst – ohne dass diese Aktivitäten von staatlicher Seite jemals zugegeben wurden. Nach außen wurde immer das gute Verhältnis von Staat und Kirche gelobt. Und all diejenigen, die offener und öffentlicher den Kirchraum nutzen, um auf Missstände im Land und in der Welt aufmerksam zu machen, wurde unterstellt, dieses gute Verhältnis zu gefährden.

Die Kirche selber hatte mit der Standortbeschreibung von „der Kirche im Sozialismus“ versucht, ihren eigenen Ort zu finden. Sie beschrieb damit, dass sie in der DDR und im Sozialismus leben wolle – aber eben als Kirche und damit eigenständig. Diese Standortbestimmung ist besonders nach 1989 heftig kritisiert worden. Sie habe, so lautetet der Vorwurf, mit dieser Formel den Eindruck erweckt – und sich auch teilweise so verhal-

ten als sei sie die Kirche **des** Sozialismus oder gar **für** den Sozialismus. Aber schon 1987 war auch kirchenleitend zu erkennen, dass diese Formel im Krisenfall nicht tragfähig war. Die Spannungen zwischen Gegner und Befürwortern innerhalb der Kirche wurden immer offener ausgetragen. Einzelne neue Angebote wurden ins Leben gerufen, wie z.B. die liturgische Nacht gestaltet von den Frauen für den Frieden, von dem nachher noch in unsrem Podium die Rede sein wird.

Aber auch nachträglich muss ich anerkennend sagen, dass es bei allen Spannungen und allen unterschiedlichen Auffassungen über die jeweilige Wahl der Mittel immer den Willen gegeben hat, aufeinander zu hören und sich zu solidarisieren. An vielen Gruppen und Gesprächen habe ich teilgenommen, an dem die unterschiedlichsten Auffassungen am Tisch saßen. Aber es ist nie zum Abbruch von Gesprächen gekommen. Es hat nie den Versuch gegeben, mit Macht Positionen durchzusetzen oder Menschen zu disziplinieren.. Es gab besonders hier in Berlin den Wunsch auch von Seiten der Kirchenleitung, die Konflikte intern und friedlich zu lösen.

Deshalb erlauben Sie, dass ich mich jetzt auf zwei Großereignisse und ihr Umfeld konzentriere, um begreifbar zu machen, was den Charakter dieses Jahres und die Dynamik, die in ihm lag, ausmachte.

Es war ein Jahr großer Unsicherheiten, aber auch des Aufbruchs zu neuen Ufern, das nach unserem Kenntnisstand heute, das Ende der SED-Diktatur herbeiführen sollte.

An eine solche Möglichkeit aber dachte 1987 noch niemand. Die beiden deutschen Regierungen hatten sich auf ein dauerhaftes, wenn auch spannungsvolles Miteinander eingerichtet. In der Bundesrepublik disku-

tierte man heftig über das gemeinsame Dokument der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED und der Grundwertekommission der SPD „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ vom Sommer des Vorjahres.

Auch die Kirchen in der DDR arbeiteten an der Stabilisierung ihres Verhältnisses zum sozialistischen Staat.

In Tübingen z.B. erläuterte Konsistorialpräsident Manfred Stolpe als stellvertretender Vorsitzender des BEK bei einer Gastvorlesung, die evangelische Kirche in der DDR sei „weder eine integrierte sozialistische Organisation noch eine antikommunistische Widerstandsbewegung, weder eine Auswanderungsgesellschaft noch eine sektiererische Fluchtburg“. Die Konzeption einer „Kirche im Sozialismus“ wird nun auch innerkirchlich heftig diskutiert. Besonders auch mit der Frage, ob bei dem Versuch der Bestimmung von Partnerschaft, der andere Partner daran überhaupt interessiert ist. Wenn sich die Kirche als Kirche im Sozialismus verstehe, müssen auch diejenigen, die den Sozialismus repräsentieren, den Partner Kirche ernst nehmen. Es gab damals schon die Vermutung, dass die Kirche viel viel stärker infiltriert und kontrolliert wurde, als es der Begriff der Partnerschaft hergibt. So wurde diese Formel noch vor dem Ende der DDR auch von führenden Kirchenvertretern öffentlich aufgegeben. Schon hier sei gesagt, und Sie können es unschwer erkennen, dass die Kirche in der DDR nie eine einheitliche und homogene Gruppe war, sondern immer eine Komposition von vielen unterschiedlichen Menschen mit unterschiedlichem Mut und unterschiedlichen Glaubensfrömmigkeiten. Was für die einen zu provozieren und zu scharf war, war für die anderen zu angepasst und wenig überzeugend.

Deshalb werden im Laufe des Jahres besonders für den Staat konkrete Staat-Kirche-Verhandlungen und demonstratives Darstellen der Gemeinsamkeiten zwischen Christen und Nichtchristen immer wichtiger.

Im Juni z.B. kann in zentraler Lage Ost-Berlins der Neubau des Dietrich Bonhoeffer-Hauses gefeiert werden.

Auch der rekonstruierte Französische Dom am damaligen Platz der Akademie wird als ein öffentliches Signal der Wertschätzung christlicher Traditionen begriffen.

Ganz auf dieser Linie ist auch die feierliche Eröffnung des Panoramas in Bad Frankenhausen „Frühbürgerliche Revolution in Deutschland“ einzuordnen, wo Werner Tübke auf einem gigantischen Rundgemälde von altmeisterlicher Qualität die seit dem Lutherjahr 1983 offizielle Auffassung von der deutschen Geschichte, von Erbe und Tradition, illustriert.

Auf einem Kirchentag in Frankfurt/Oder leisten der Schriftsteller Stefan Heym und Prof. Otto Reinhold, der Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaft der SED und Mitglied des ZK der SED, vielbeachtete Beiträge.

Kirchen-Staatssekretär Klaus Gysi nutzt einen Besuch im Ökumenischen Zentrum in Genf, um programmatisch zu erklären: „Wir haben viel mehr gemeinsam mit dem Christentum als das, was uns unterscheidet.“

So viele positive Signale aber konnten die Zeichen wachsender Unsicherheiten nicht mehr verdecken. Im Kampf um ihre innere und äußere Anerkennung nutzte die DDR-Staats- und Parteiführung gerne historische Gedenktage, um ihre ideologischen Vorgaben historisch abzusichern und massenwirksam zu propagieren. Im Lutherjahr 1983 war ihr das im In- und Ausland sogar mit einigem Erfolg gelungen. 1987 sollte das Gedenken an die erste urkundliche Erwähnung Berlins vor 750 Jahren dem gleichen Zweck dienen. Der dafür betriebene Aufwand war be-

trächtlich, was die Zuneigung zur sozialistischen Hauptstadt in den berlin-fernen Regionen der DDR keineswegs steigerte. Die Nikolaikirche und das aus dem Nichts rekonstruierte Nikolaiviertel verschlangen Millionen und Baubilanzen, die anderswo dringender gebraucht wurden.

Dass die Kirchen bei solchen Anlässen kräftig mitzufeiern hatten, galt der SED-Führung seit 1983 als selbstverständlich. Manfred Stolpe und Pfarrer Helmut Orphal gehörten gastweise zum offiziellen Komitee „750 Jahre Berlin“. Günther Wirth, der Chefideologe der Götting-CDU, jubelte: „Daß die Gemeinsamkeit von Marxisten und Christen in der ehemaligen Bastion theokratischer Ideologie und klerikaler Machtentfaltung hat durchgesetzt werden können, erweist den Triumph des Humanismus wiederum in historischer Dimension.“ Nur auf der Grundlage solcher ideologischen Kapriolen (und mit Hilfe der Millionenzahlungen der westlichen Kirchen) war der Wiederaufbau des Berliner Doms möglich geworden, erhob sich diese einstige „Bastion des Systems von Thron und Altar“ nun doch im „Zentrum der sozialistischen Metropole“. Das Miteinander von Dom und Palast der Republik muß als die steingewordene Vision der DDR-Ideologen verstanden werden: „Auch der Dom gehört jetzt zur Kirche im Sozialismus“, tönte der von so viel Symbolik überwältigte Günther Wirth.

Die Kirchen, immer noch auf der Suche nach ihrem eigenen Platz in einer Gesellschaft, die sich nach außen anders gab als nach innen, und beharrten auf einem Kirchentag in Berlin. Mit Kirchentagen hatten die SED-Machthaber schlechte Erfahrungen gemacht. Im Lutherjahr 1983 hatten die sieben Kirchentage viele Aufbrüche innerhalb der Kirche ausgelöst. Menschen, die mit ihrer pazifistischen Grundhaltung ernst machen wollten, bekannten sich durch Losungen und öffentliche Veranstaltungen öffentlich zu einem Friedenszeugnis, das nachträglich auch ger-

ne als der Beginn der Friedensbewegung in der DDR angesehen wurde. Es kam zu öffentlichkeitswirksamen Aktionen und zu DDR-weiter Vernetzung.

Ähnliches war nun für einen Kirchentag in Berlin zu befürchten. Die Verhandlungen im Vorfeld des Kirchentages zwischen Staat und Kirche waren quälend genug. Der Staat wollte den Kirchentag so klein wie möglich halten, möglichst an den Rand der Stadt verdrängen und auf kirchliche „Objekte“ beschränken. Die Kirchenvertreter, insbesondere Bischof Forck und Manfred Stolpe, hatten darauf zu achten, daß der Kirchentag nicht von außen her instrumentalisiert wurde. Zahlreiche westliche Politiker, unter ihnen Bürgermeister Diepgen, SPD-Landesvorsitzender Momper und eine Delegation der Bundestagsgrünen, drängten auf Einladungen zum Kirchentag. Konnte man bei den offiziellen Gästen aus dem Westen mit politischem Wohlverhalten im Sinne der SED rechnen, so traf das auf die unabhängigen Gruppen im Umfeld der Kirchen keineswegs zu. Insbesondere der Arbeitskreis „Solidarische Kirche (AKSK)“ und der „Kirchentag von unten“, der sich 1987 gebildet hatte, drohten, die sorgfältigen Abstimmungen zwischen Staat und Kirche zu irritieren. Der Versuch von Generalsuperintendent Günter Krusche, die Friedenswerkstatt für 1987 abzusagen, hatte heftigen Unmut erregt. Seine Feststellung, „daß die Vertrauensbasis zwischen Kirchenleitung und Friedensgruppen derzeit nicht gegeben ist“, traf die Sache im Kern. Die Friedensbewegten, Bürgerrechtler und Oppositionellen hatten sich längst auf den Weg gemacht, um unter dem Schutzschild der Kirchen hervorzutreten. Die Kirchenleitungen konnten und wollten nicht so weit gehen, wie diese Gruppen mit zunehmendem Nachdruck forderten. Die Vertreter des Staatsapparates haben diese veränderte Sachlage sehr genau registriert und im Zuge ihrer Differenzierungspolitik zu nutzen versucht.

Auf dem Berliner Kirchentag wurden die Konflikte noch durch Kompromisse kleingehalten. So durfte der „Kirchentag von unten“ sich in der Pfingstkirche im Berliner Friedrichshain versammeln und damit eine bereits angekündigte Kirchenbesetzung vermieden werden. Offiziell wurde der Berliner Kirchentag von Staat und Kirche als Erfolg eingeschätzt, obwohl die tiefen Risse damals nicht mehr zu übersehen waren, die die DDR-Gesellschaft zu zerfasern begannen.

Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR machte sich über die tatsächliche Lage – im Unterschied zu vielen Würdenträgern in Kirchen, SED und Staatsapparat – keinerlei Illusionen mehr. Im August ließ die Stasi die Aktion „Dialog 87“ anlaufen - der Versuch einer umfassenden Kontrolle aller Vorgänge in der DDR und der Absicherung der historischen Reise Honeckers nach Bonn. Die Bezeichnung dieser republikweiten Aktion verrät manches über den gelegentlich bizarren Humor der „Genossen Schlapphüte“: Da schwang einerseits die bange Erkenntnis mit, daß ohne Dialog mit den oppositionellen Kräften die Lage bald nicht mehr beherrschbar sein könnte, aber andererseits auch der Hohn über jene Menschenfreunde, die den Dialog als gesellschaftliches Allheilmittel feilboten, ohne sich Rechenschaft über die notwendigen Voraussetzungen für einen echten Dialog abzulegen. In dieser Zeit fanden auch Menschen zur Kirche, deren geistliche Heimat sie bisher nicht war. Die Kirche war zu einem unübersehbaren und unüberhörbaren Faktor geworden. Die vielen in der DDR und besonders in Ost-Berlin akkreditierten Journalisten sorgen durch ihre offensive Berichterstattung dafür, dass die Kirche mit ihrem Handeln mitten in der Gesellschaft auch entsprechend zu Worte kam. Informationen über die Lage in der DDR bezogen viele Journalisten besonders durch ihre vielen Kontakte zur Kirche und

ihren Gruppen. Der DDR-Führung musste diese Entwicklung im höchsten Maße

irritieren. Nach ihrem eigenen Hierarchie Verständnis hoffte sie durch die oft unverhohlenen Drohungen gegenüber der Spitze der Kirche, die Basis einschüchtern zu können. Manche Spitzenvertreter der Kirche mussten in kritischen Situationen oft fast täglich ins Staatssekretariat, um sich kritische Rückfragen anzuhören.

So gesehen hat der Kirchentag einen wesentlichen Durchbruch an öffentlichkeits- wirksamen Darstellungen gegeben.

Ein zweites, vielleicht weniger bekanntes Ereignis war der Olof-Palme-Friedensmarsch. Benannt nach dem ehemaligen schwedischen Ministerpräsidenten, sollte er grenzüberschreitend und Europaweit den Friedenswillen für eine atomwaffen- freie Zone demonstrieren. Gedacht waren grenzüberschreitende Märsche, an denen sich alle gesellschaftlichen Kräfte - und das hieß damals, die Partei, die Blockparteien, die Massenorganisationen und die Kirchen beteiligen sollten.

Mit dem Olof-Palme-Friedensmarsch im September bekam ich direkt zu tun. Er war von der westdeutschen „Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner“ dem Friedensrat der DDR vorgeschlagen worden, die aber darauf bestanden, der BEK müsse beteiligt werden. Auf einem Mobilien Friedensseminar in Vipperow beschlossen die Vertreter der unabhängigen Friedensbewegung, mit eigenen Transparenten an dieser auch international stark beachteten Aktion teilzunehmen. Der DDR-Führung waren durch den gleichzeitigen Honecker-Besuch in der Bundesrepublik die Hände gebunden, wollte man sich doch vor aller Welt als friedenspolitischer Musterstaat vorführen. Zusammen mit OKR Christa Lewek wurde ich damals vom BEK in das Vorbereitungskomitee des Friedensmarsches entsandt. Dort erklärte ich z.B.: „Zum Schluß sei noch gesagt, daß ein atomwaffenfreier Korridor als ein Schritt zum Frie-

den uns als Christen das viel umfassendere Friedensverständnis und Friedenszeugnis nicht vergessen lassen darf.“ Die Staatsführung reagierte natürlich nervös, wenn solche weitgehenden Forderungen formuliert wurden. Höhepunkt des Olof-Palme-Friedensmarsches war der von der Aktion Sühnezeichen vorbereitete Pilgerweg von Ravensbrück nach Sachsenhausen. Hierbei wurden Losungen wie „Schwerter zu Pflugscharen“, „Sozialer Friedensdienst für Wehrdienstverweigerer“ oder „Friedenserziehung statt Wehrunterricht“ von unabhängigen Friedensaktivisten entrollt. Es kam zu mannigfachen Behinderungen der unabhängigen Friedensmarschierer, trotzdem konnte sich am Abend des 5. Septembers am Prenzlauer Berg ein Demonstrationzug von etwa tausend Menschen bilden, die auf Initiative von Stadtjugendpfarrer Wolfram Hülsemann von der Zionskirche nach Gethsemane mit unabhängigen Transparenten zogen. In Dresden kam es zu einer Großdemonstration, wo besonders die FDJ durch ihre übergroßen Transparente, die Losungen der kirchlichen Demonstranten zu verdecken suchten. Das war die „größte legale Demonstration der Opposition“ vor der Friedlichen Revolution. Auch sie belegte auf ihre Weise Unsicherheiten und Aufbruch im Jahr 1987 zugleich. Die DDR-Staats- und Parteiführung hatte die Entwicklung nicht mehr im üblichen Sicherheitsgriff, und die Bürgerrechtler formierten sich immer ungenierter zu einem Aufbruch hin zu neuen Ufern, deren Konturen noch kaum sichtbar waren. Auch hier war die Kirche mittendrin und z.T. auch tonangebend.

Wie viel Unsicherheiten und Aufbruch der Herbst 1987 bedeutete, wurde für die Zeitgenossen allerdings teilweise noch durch den Honecker-Besuch in der Bundesrepublik vom 7.-11. September verdeckt – das deutsch-deutsche Treffen der versteinerten Gesichter.

Helmut Kohls Gesicht gefror förmlich, als er vor der Ehrenformation der Bundeswehr zusammen mit seinem Gast die Nationalhymne der DDR anhören mußte. Das war aber noch nichts gegen das Mienenspiel Honeckers, als der Bundeskanzler bei mehreren Gelegenheiten unmißverständlich die Überwindung der deutschen Teilung als Ziel definierte und die Gewährleistung der Menschenrechte einforderte. In München mußte sich der DDR-Staatsgast vom bayerischen Ministerpräsidenten anhören: „Das Ziel unserer Politik bleibt es, daß alle Deutschen und alle Völker Europas in freier Selbstbestimmung über ihre Zukunft entscheiden. [...] Wir werden alles, was in unserer Kraft steht, tun, damit das Bewußtsein von der Einheit der Nation bewahrt wird. Die Mauer in Berlin, ein fast vollkommenes Netz von Sperrmaßnahmen, ein Rechtssystem, das den illegalen Grenzübertritt als Verbrechen einstuft – mit der juristischen Folge des Schießbefehls -, der Zwang behördlicher Genehmigung für den Besuch von Eltern, Geschwistern und Verwandten, all das paßt nicht mehr in die neue Phase weltpolitischer Entwicklung, in die wir hoffentlich eingetreten sind.“ Für Honecker waren solche Erklärungen, die durch die Medien umgehend weltweit verbreitet wurden, besonders deshalb schwer erträglich, wußte er doch, wie stark die SED-Herrschaft bereits im Inneren erschüttert war und wie anhaltend das Schweigen der sowjetischen Genossen inzwischen geworden war. Der DDR-Spitzenfunktionär erlebte somit seinen Besuch in Bonn, im saarländischen Neunkirchen und München einerseits als Höhepunkt seiner außenpolitischen Bemühungen um internationale Anerkennung der DDR, andererseits muß sich der 75-Jährige in diesen Stunden des Triumphes auch furchtbar alleine gefühlt haben. Die Unsicherheiten nahmen ständig zu. Der Aufbruch wurde von Kräften gestaltet, die er nur als „feindlich-negativ“ begreifen konnte. Das war das Jahr 1987.

Die Rolle der Kirche und ihre Bedeutung für die friedliche Revolution lässt sich sowohl inhaltlich als äußerlich darstellen. Hätte die Kirche nicht so unbeirrt an dem pazifistischen Grundsatz: Keine Gewalt „ festgehalten, wäre eine andere Tonart in das freie Spiel der Kräfte gekommen. Und hätte die Kirche nicht so viele Räume geöffnet und so vielen Menschen Raum gegeben, wäre sie also nicht mittendrin gewesen, hätte die Entwicklung einen anderen Verlauf genommen. Ich danke Ihnen